

Niederschrift zur Einwohnerversammlung vom 20.11.2023

Sitzungsort: 15366 Neuenhagen, Bürgerhaus, Hauptstr. 2

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.59 Uhr

Anwesenheit: Frau Dr. Ilka Goetz, Vorsitzende der Gemeindevertretung

Herr Ansgar Scharnke, Bürgermeister

Frau Martina Weidling, Leiterin FB Verwaltungssteuerung und Finanzen

Herr Gunter Kirst, Leiter FB Bürgerdienste und Einrichtungen

Frau Christiane Fälker, Leiterin FB Bauverwaltung und öffentliche Ordnung

Herr Arne Knospe, Leiter FB Hochbau, Gebäudemanagement und Bauhof

Herr Erik Koch, Protokoll

Ca. 200 Einwohnerinnen und Einwohner anwesend

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Frau Dr. Ilka Goetz
2. Aktuelle Situation in der Gemeinde Neuenhagen - Bürgermeister Ansgar Scharnke
3. Fragen der Einwohner/innen an die Verwaltung

Ablauf der Veranstaltung:

TOP 1:

Frau Dr. Goetz begrüßt die Einwohnerinnen und Einwohner und stellt das Präsidium vor. Dann verliest sie die Tagesordnung.

TOP 2:

Herr Scharnke informiert über die aktuelle Situation in der Gemeinde (Präsentation siehe Anlage).

TOP 3:

Folgende Fragen werden von den anwesenden Einwohnern an die Verwaltung gerichtet:

1. Bürgeranfrage:

Die Bürgerin erläutert, dass sie in einer Trauergruppe aktiv sei und auch Senioren und behinderte Menschen betreue. Sie spreche für diese Personengruppe:

1. Sie bittet um ein Kontingent an Freibad-Eintrittskarten, um neben dem digitalen Weg bequemer in das Bad zu kommen.
2. Sie gab den Hinweis, dass der Autoverkehr und Lärm durch den Zuzug und damit die Zunahme des Verkehrs Schwierigkeiten bei der Querung der Straßen mit sich bringen. Sie bat darum, keine neuen Baugebiete mehr ausweisen.

Herr Scharnke antwortet:

Zu 1.) Dieser Hinweis wird an den zuständigen Fachbereich weitergegeben. Ein Kartenkontingent für eine abgeschlossene Gruppe sollte möglich sein. Dennoch hätten sich die Online-Tickets in Bezug auf die Sicherheit im Freibad bewährt. Es sei dadurch ruhiger als in den Jahren zuvor.

Zu 2.) Kürzlich wurde der Lärmaktionsplan behandelt, welcher die Situation erläutere. Laut Landesbetrieb soll die Hauptstraße voraussichtlich im Jahr 2026 gebaut werden. Er wolle keine weiteren Baugebiete auf der grünen Wiese ausweisen. Er sei immer Kritiker dieses großen Baugebietes am Gruscheweg gewesen. Dennoch müsse es aber in irgendeiner Art und Weise fertig gestellt werden, um keine Brache zu hinterlassen.

2. Bürgeranfrage:

Der Bürger freut sich über die in Betrieb genommene Sporthalle Bollensdorf. Er erläutert, dass dafür 26 Bäume abgeholzt wurden und fragt erstens, wann mit den Nachpflanzungen zu rechnen sei? Zweitens wolle er wissen, warum keine Photovoltaikanlagen auf den Dächern der neuen Schule installiert werden.

Zu 1.) antwortet Herr Knospe: Es werden mehr Bäume angepflanzt, als abgeholzt wurden. Dies könne der Fachbereichsleiter zusagen.

Zu 2.) antwortet Herr Scharnke: Photovoltaik auf dem Dach der Schule sei nicht vorgesehen aber Photovoltaik und eine Begrünung auf der Sporthalle.

3. Bürgeranfrage:

Der Bürger erklärte, dass er sich im Bauausschuss die Verkehrsprobleme bezüglich des Gruschewegs anhörte. Diese seien faktisch nicht lösbar. Er forderte den Bürgermeister auf, seinen Einfluss geltend zu machen, damit die Bebauung gestoppt werde.

Herr Scharnke antwortet: Er hätte dieses Baugebiet in dieser Form nie entwickelt. Das Gericht habe beschlossen, dass es aktuell kein Baurecht gebe. Seine Wählergruppe habe keine Mehrheit in der Gemeindevertretersitzung. Die Mehrheit der Kommunalpolitiker möchte den Bebauungsplan wieder in Kraft setzen. Er habe daher als Bürgermeister diesen Beschluss umzusetzen. Nun wisse man, wie

der Lärm sich später entwickle. Zusätzliche Wege zu erschließen, sei eine gute Idee. Dennoch gebe es aber keine wirklich gute Lösung.

Frau Dr. Goetz antwortet und weist darauf hin, dass unter dem Bürgermeister Scharnke der Gruscheweg 7 entwickelt wurde und beschlossen worden ist. Dies sei jedoch für die Gemeindevertreter keine einfache Situation. Sie forderte die Bürger auf, in die Ausschüsse zu kommen.

4. Bürgeranfrage:

Die Bürgerin wohne seit 25 Jahren in der Bischofsheimer Straße. Sie warte darauf, dass das Wohngebiet fertig werde. Es sei ein schöner Grünzug vorhanden, der aber leider nicht im Sommer gepflegt werden würde. Wenn die Bürgerin über die Hauptstraße wolle, habe sie nur zwei Ampeln. Es sei kein vernünftiger Radweg und Fußweg vorhanden. Auch der Ausbau der Thälmannstraße sei nicht mehr im Gespräch.

Herr Scharnke antwortet: Wir können nicht in allen Straßen Neuenhagens Radwege einrichten. Es würde sich über Jahrzehnte hinziehen, bis überall Radwege vorhanden sind. Die Gartenstraße werde ein gutes und radfahrtaugliches Pflaster bekommen.

Frau Fälker antwortet: Es gebe eine Vorplanung für die Thälmannstraße. Im kommenden Doppelhaushalt sei dafür Geld eingestellt. Mit dem Landesbetrieb sei man im Austausch, die Baumaßnahme Hauptstraße so einzutakten, dass sie bei der Bauausführung zeitlich nicht mit dem Umbau der Thälmannstraße kollidiert. Die Verwaltung strebe an, die Thälmannstraße vor der Hauptstraße fertigzustellen.

Frau Dr. Goetz antwortet: Die Gemeindevertreter hätten in der vergangenen Wahlperiode einen konkreten Vorschlag zur Ernst-Thälmann-Straße beschlossen. Sie hoffe, dass es mit dem Ausbau schneller gehe.

5. Bürgeranfrage:

Die Bürgerin berichtet aus ihrer Wohnstraße, der Fontanestraße, dass diese ein Zubringer für den Bahnhof Hoppegarten sei. Die Menschen würden auf der Straße laufen, was gefährlich sei. Sie wolle wissen, wann dort ein Gehweg gebaut werde.

Herr Scharnke antwortet: In Bollensdorf sei ein Großteil der Straßen ohne Gehweg ausgebaut worden. Es seien in der Gemeinde noch immer 6 Kilometer Straße ohne Asphalt. Diese hätten Vorrang. Erst dann seien neue Radwege und Fußwege denkbar. Dies sei eine Aufgabe für Jahrzehnte oder länger, bei einem Straßennetz von 120 Kilometer Länge. Hier müsse man realistisch bleiben.

6. Bürgeranfrage:

Der Bürger erklärte, dass das Gericht in Bezug auf den Gruscheweg nicht gesagt habe, dass weniger Wohnungen gebaut werden sollten, sondern es vielmehr um den Verkehr und den Poller ginge. Zur Lindenstraße erklärte er, dass die Gemeindeverwaltung einen guten Kompromiss vorgelegt habe.

Herr Scharnke antwortet: Bei der Lindenstraße habe er Ablehnung in den Ausschüssen erhalten. Straßenplanung sei ein schwieriges Thema. Es solle kein Schnellschuss gemacht werden, besonders, wenn über das Schicksal der Bäume entschieden werde.

7. Bürgeranfrage:

Der Bürger erläutert, dass er als Mitglied im Bauausschusses sich als einziger gegen den Gruscheweg 6 ausgesprochen habe. Die von den Planern vorgeschlagene Heilung der Probleme über die Öffnung der Fichtestraße sei stark zu hinterfragen. Dies werde ein riesiges Chaos geben an der Ecke Fichtestraße/Hauptstraße. Dieses Wohngebiet am Gruscheweg belaste schon jetzt die Gemeinde und es werde noch mehr Verkehr geben. Er fordere einen Bürgerentscheid, ob weitergebaut werden soll.

Herr Scharnke antwortet: Die Gemeindevertretung wird am Ende die unterschiedlichen Interessen beim Verkehr gerecht und rechtssicher abwägen und entscheiden müssen.

Fr. Dr. Goetz ergänzt: Auch in Ausschüssen wurde in der Stellungnahme der Verwaltung die Öffnung der Fichtestraße angeführt, das könne nachgelesen werden.

8. Bürgeranfrage:

Der Bürger fragt:

- 1.) Wie hoch sind die Zinsen für die erste Kreditaufnahme für die Grundschule am Gruscheweg?
- 2.) Baut die Gemeinde auf dem Blumen-Liebe-Grundstück bei einem Markteinbruch und schwieriger Investorensuche selbst?
- 3.) Wie wird im Zuge der kommunalen Wärmeplanung die Abwärme des Gewerbegebietes genutzt werden? Stellt die S-Bahn-Strecke ein Hindernis dar? Wie sind die Planungen?

Zu 1.) antwortet Herr Scharnke: Er rechne mit Zinsen um 4 Prozent. Dies sei aber tagesaktuell zu betrachten. Die Gemeinde habe keine Fördermittel bekommen für die Schule. Deshalb sei auch die Entwicklung des Gewerbegebietes sehr wichtig für die Gemeinde.

Zu 2.) antwortet Herr Scharnke: Die Gemeinde überlege, wie man mit einer Konzeptvergabe gut vorankommen könne. Auch die KENeu sei hierbei involviert. Er vertraue jedoch darauf, dass dieses Filetgrundstück vernünftig entwickelt werden könne.

Zu 3.) antwortet Herr Scharnke: Das Heizungsgesetz sei abgeschwächt worden. Am 4.12.2023 werde der Gemeindevertretung ein Beschlussvorschlag vorgelegt, um Fördermittel für die Wärmeplanung zu beantragen. Bei Genehmigung der Anträge seien 90 Prozent der Kosten förderfähig. Für die

Beauftragung der Wärmeplanung sei ein neuer Beschluss nötig. Es sei aber gut, sich darüber Gedanken zu machen. Neuenhagen sei eine von Einfamilienhäusern geprägte Gemeinde. Pro Kilometer Wärmenetz müsste mit 1 Million Euro Baukosten gerechnet werden. Dies seien 120 Millionen Euro und ca. 10.000 Euro pro Hausanschluss. Das Glaswerk gebe Wärme ab. Die geplanten Rechenzentren würden ebenfalls sehr viel Wärme abgeben. Dennoch seien viele Fragen offen, was die Finanzierung angeht. Die Gemeinde wolle den Radweg auf dem alten Kleinbahngleis nutzen, um eventuell die Wärmeversorgung eines möglichen Hallenbades auf dem KWO-Gelände in Hoppegarten abzudecken.

Zu 3.) antwortet Frau Fälker: Die S5-Kommunen würden nach dem Gemeindevertretungs-Beschluss im Verbund einen Fördermittelantrag einreichen, um diese 90-Prozent-Förderung zu erhalten. Für die Hauptstraße sei von der Gemeinde dem Landesbetrieb die planungstechnische Berücksichtigung von Leerrohren für die Wärmeplanung gemeldet worden. Die Abstimmung hierzu sei jedoch nicht leicht.

Zu 3.) ergänzt Frau Dr. Goetz: Der genannte Radweg bis nach Hoppegarten biete die Möglichkeit viele Gemeindegrundstücke entlang dieser Achse, wie etwa das Rathaus oder die Gruscheweg-Grundschule zu versorgen. Es sei Potenzial für öffentliche Einrichtungen vorhanden.

9. Bürgeranfrage:

Der Bürger bringt die Grundsteuerreform und die Festsetzung der Hebesätze in Verbindung mit der Kreditaufnahme für die neue Grundschule. Er bekomme diesbezüglich Angst.

Herr Scharnke antwortet: Das Bundesverfassungsgericht habe die Länder verpflichtet, diese Thematik neu zu ordnen. In den südlichen Bundesländern bestimme die Fläche die Berechnung. In Brandenburg würden auch Gebäude und das Alter der Gebäude einbezogen. Es bestehe Einigkeit in Neuenhagen darüber, dass der Gesamterlös aus der Grundsteuer nach der Umstellung ab 2025 so hoch sein soll, wie in den Vorjahren. Die Gemeinde wolle insgesamt nicht mehr in der Summe einnehmen. Wie dies jedoch im Einzelfall für jeden Grundstückseigentümer aussehe, könne aktuell nicht gesagt werden. Grundsätzlich sei davon auszugehen, dass große Grundstücke mit neuen Gebäuden mehr zahlen müssten als heute. Der Hebesatz werde so festgelegt, dass die Gemeinde in Summe keine Mehreinnahmen erwirtschaftete.

10. Frau Dr. Goetz trägt drei schriftliche Bürgeranfragen vor:

- 1.) In der S-Kurve am Schäferplatz sei der Fahrbahnbelag im Kurvenbereich stark beschädigt. Wird dieser erneuert?
- 2.) Wie steht es um die Planungen bezüglich des Ostzugangs zum Bahnsteig vom Marktplatz?
- 3.) Es gebe eine Pressemitteilung zum Ausbau der Ostbahn. Was unternimmt die Gemeindeverwaltung in Bezug auf die Schrankenöffnungszeiten?

Zu 1.) antwortet Herr Scharnke: Der Innenbereich der Kurve sei gepflastert. Die Schleppkurven wurden überprüft und entsprechen den Anforderungen.

Zu 1.) antwortet Frau Fälker: In den kommenden Jahren sei keine Anpassung der Kurve vorgesehen.

Zu 2.) antwortet Herr Scharnke: Es habe nie einen richtigen Plan gegeben, dort einen Zugang zu schaffen. Im Januar wolle er die Rahmenplanung für das Bahnhofsumfeld vorstellen. Es sei u.a. ein Fahrradparkhaus geplant. Dann solle auf Höhe der „Starken Hütte“ ein zweiter Bahnhofszugang entstehen.

Zu 3.) antwortet Herr Scharnke: Im Jahr 2024 komme der Takt der RB24 auf 30 Minuten. Ein 10-Minuten-Takt mache die Querung des Bahnüberganges noch schwerer. Es gebe eine zwei Jahre alte Machbarkeitsstudie. Diese besage, dass eine Unterführung machbar sei, zu Kosten von 20 bis 22 Millionen Euro, in einer Bauzeit von 1,5 Jahren. Eine zweite Variante aus der Studie sei eine Umgehungsstraße für 70 Millionen Euro. Letztendlich werde diese Entscheidung nicht die Neuenhagener Politik treffen, sondern diejenigen, die zahlen. Das seien der Bund, die Bahn und das Land Brandenburg.

11. Bürgeranfrage

Der Bürger gibt im Zusammenhang mit den Wärmenetzplanungen den Tipp/Hinweis, reines Ökogas von polarstern-energie.de zu beziehen, welches komplett frei von fossilem Erdgas sein soll.

12. Bürgeranfrage:

Die Bürgerin bezieht sich auf die Schließzeiten der Schranke Niederheidenstraße/Rathausstraße und fragt, ob dort eine Unterführung möglich sei.

Herr Scharnke antwortet: Es werde nicht jede Schranke im Ort eine Unterführung bekommen. Rechtlich betrachtet sei in nur 1,3 Kilometer entfernt eine Unterführung in Hoppegarten gebaut worden. Somit sei in diesem engen Abstand keine Unterführung in der Niederheidenstraße möglich.

13. Bürgeranfrage:

Der Bürger erklärt erstens, dass es wichtig sei, einen Hinweis zu geben, dass der Bus rechts und links des Bahnhofes fährt. Zweitens hätte er in Bezug auf den Wasserabfluss beim Radweg in der Hönower Chaussee gewarnt, dass die Gemeinde über Abflussmöglichkeiten nachdenken solle. Und drittens erklärte der Bürger, dass er eine Laubentsorgung in Gemeindehand gut finden würde. Er gab die Anregung, dass Laub dann auch in der Gemeinde abgeben zu können.

Zu 1.) antwortet Herr Scharnke: Die Gemeinde werde diesen Hinweis mit den Verantwortlichen besprechen. Der Umbau im südlichen Teil beginne bald.

Zu 2.) antwortet Herr Scharnke: Die Gemeinde habe versucht aus den Ereignissen von 2017 zu lernen. Angepasste Maßnahmen seien etwa am Platz der Republik und der Gartenstraße zu finden. Das Thema werde die Gemeinde immer beschäftigen.

Zu 2.) antwortet Frau Fälker: Auf dem Bahnhofsvorplatz soll planerisch eine Regenauffanganlage berücksichtigt werden und werde mitgedacht. Was dort genau möglich ist, sei noch nicht klar. Anfallendes Regenwasser der Gebäudedächer könne man wiederverwenden und in warmen Sommermonaten für die Baumbewässerung zurückhalten.

Zu 3.) antwortet Herr Scharnke: Die Nutzung eines Kompostierplatzes in der Gemeinde für eine private Laubannahme lehne er ab, da er dies nicht als primäre Aufgabe der Gemeinde ansehe.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, dankt Frau Dr. Goetz allen erschienenen Einwohnerinnen und Einwohnern für ihr Interesse und ihre Fragen.

gez. Erik Koch

Protokoll